

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

04-06/2023/ Nr. 85

20 Jahre Neutrales Freies Österreich Souveränität, Direkte Demokratie und Neutralität werden immer wichtiger

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Die Menschheit steht heute an einem äußerst kritischen Punkt. Sie wird in ihrem Selbstverständnis und Sicherheitsbedürfnis von einem krisenhaften Geschehen nach dem anderen heimgesucht: Flüchtlingskrise, Klimakrise, Digitalisierung, Coronakrise und der Ukraine-Krieg, der das Potenzial hat, sich zu einem globalen Konflikt auszuweiten. Zudem drängt sich der beängstigende Eindruck auf, dass all dies von internationalen Machteliten benutzt wird, wenn es nicht überhaupt von ihnen inszeniert ist, um bestimmte globale Ziele zu erreichen und die Menschheit in eine Richtung zu drängen, in die sie von sich aus nicht gehen würde.

Wir sprechen von **Bevölkerungsreduktion und Enteignung der breiten Masse**. Es sollen nur die Gesundesten und Leistungsfähigsten die erwähnten krisenhaften Ausleseprozesse überleben und nach dem Great Reset und der Etablierung

einer Neuen Weltordnung (NWO) als Arbeitssklaven den globalen Eliten zur Verfügung stehen.

Die USA und ihr Anhängsel EU sind als Treiber dieses globalen Transformationsprozesses anzusehen, der der Bevölkerung nie kundgetan wurde, geschweige denn, dass sie auf demokratischem Wege darüber hätte befinden können. Vielmehr wurde uns Österreichern die EU-Mitgliedschaft damals mit folgenden Schlagworten schmackhaft zu machen versucht: Es gibt keine Alternative zur EU. Nicht austreten, sondern sie verbessern. Die EU bringt uns viele Vorteile. Ohne sie gehen wir unter. Die EU ist ein Friedensprojekt. Wir sehen heute, was daraus geworden ist. Man kann all das als Mythen und Märchen betrachten.

Begonnen hat dieser Transformationsprozess aber nicht auf dem alten Kontinent sondern in den USA mit dem Bewusstsein der biblischen Auserwähltheit der europäischen Siedler, zur Herrschaft über den nordamerikanischen Kontinent berufen zu sein. Im 20. Jahrhundert fand eine Abwandlung und Ausweitung dieser



Thaurer Küchenschelle

Der Igel ist ein Tier, das mit bester Wehrhaftigkeit ausgestattet ist, gleichzeitig aber als äußerst friedlich gilt. In ähnlicher Weise finden wir in der Pflanzenwelt behutsame Hinweise auf Symbole des Friedens, wie z.B. die Glocke, im regionalen Dialekt „Schelle“ genannt, Ausgerechnet oberhalb von Thaur, dem Tagungsorts unserer geplanten Bundesversammlung, entdeckten wir das abgebildete „Küchenschellen-Duo“, das sich bereits Anfang März aus dem fast noch gefrorenen Boden herausgewagt hatte.

Die Innsbrucker Küchenschelle ist eine vom Aussterben bedrohte Pflanze, von der es derzeit nur noch 30 Exemplare im Raum Innsbruck gibt. Vor 1995 waren es noch 1800.

Bild: rp

Vorstellung statt: Die USA sollen „die Welt für Demokratie sicher machen“. Der US-Universalismus war geboren. Das auserwählte Land hat das Recht, weltweit militärisch einzugreifen, vor allem wenn es eigene Interessen bedroht sieht. Das „Amerikanische Jahrhundert“ bezeichnet jene Ära des 20. Jahrhunderts und bis heute, in der die USA eine weltweite Vormachtstellung in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht eingenommen haben, bis hin zum unerträglichen Triumphalismus nach dem Kalten Krieg mit der These vom „Ende der Geschichte“.

Inhalt

- 1 20 Jahre Neutrales Freies Österreich
- 2 Das Ende der westlichen Vorherrschaft beginnt sich abzuzeichnen
- 2 Die USA bespitzeln Freund und Feind
- 3 Die Regierung tritt die österreichische Neutralität im Namen der EU mit Füßen
- 3 Grüner Extremismus
- 4 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 4 Wussten Sie?
- 6 Lesermeinungen
- 6 Positives, Erfreuliches
- 8 Impressum

Der Edle verlangt alles von sich selbst, der Unedle erwartet alles von den anderen.

Konfuzius
chin. Philosoph, gest. 479 v. Chr.

Die Ereignisse des 11. September 2001 hätten die USA zum Umdenken anregen können. Doch das ist nicht geschehen, im Gegenteil, seither haben sie weiter eine Menge Unheil angerichtet, in Europa und in der Ukraine, und sie können es kaum erwarten, ein weiteres mit China anzurichten. Das ist der Punkt, an dem sie sich jetzt befinden, **gefangen in einer verblassten,**

zusammenbrechenden Hegemonie, die nicht mehr zu retten ist und die es auf jeden Fall nicht wert ist, gerettet zu werden. *Das bedeutet, dass wir, bevor wir irgend etwas tun können, mit sehr vielen Dingen aufhören müssen, und das bedeutet, dass wir mit all den Dingen aufhören müssen, die Amerika seit langem im Namen des Exzeptionalismus und des Universalismus getan hat* (Patrick Lawrence).

In Dankbarkeit für Ihre jahrelange Treue wollen wir Sie noch, liebe Leserin, lieber Leser, zur **Feier des 20-jährigen Bestehens unserer politischen Initiative NFÖ** am Wochenende 3./4. Juni in Thaur bei Innsbruck recht herzlich einladen. Genaueres finden Sie auf Seite 8.

Ihr NFÖ-Redaktionsteam

Mein Großvater nannte den EU-Gründervater Jean Monnet Geometer und später Verräter. Monnet war Berater von Franklin Roosevelt, er arbeitete für die Warburg-Bank und für J.P. Morgan. Er war ein Händler. Monnet war der Gestalter dieses Europas, das unglücklicherweise kein Europa der Vaterländer, der Nationen ist. Monnet wollte alle wichtigen europäischen Entscheidungen von der Zustimmung der Nato abhängig machen.

Pierre de Gaulle, Geopolitik-Experte, Enkel von Charles de Gaulle (Interview mit der Weltwoche 16/23: „Putin verteidigt sein Land und sein Volk“).

Das Ende der westlichen Vorherrschaft beginnt sich abzuzeichnen

Die Welt beginnt sich neu zu ordnen. Der Krieg in der Ukraine wirkt als Beschleuniger dieses epochalen Prozesses, begonnen hat er aber schon früher. Aufgrund der Einseitigkeit und weitgehenden Zensur in den großen westlichen Medien ist das bisher nur wenigen, politisch wirklich Interessierten mit Zugang zu alternativen Informationsquellen aufgefallen. Die westliche Zivilisation, angeführt von den USA mit Kanada, Japan und den ehemaligen europäischen Kolonialmächten im Schlepptau, verliert ihr selbstinszeniertes Monopol, als „internationale Gemeinschaft“ für die ganze Welt zu sprechen und zu entscheiden. Nicht mehr der Führungsanspruch des mächtigsten Staates der Welt mit seiner militärischen Stärke als Druck- und Erpressungsmittel und IWF und Weltbank als Instrumente seiner Wirtschaftspolitik, um die Entwicklungs-

länder durch Strukturanpassungs- und Sparprogramme abhängig zu halten, wird künftig entscheidend sein. Neue Formen gleichberechtigter, partnerschaftlicher Zusammenarbeit nach eigenen Interessen zwischen den Staaten bilden sich heraus, **nicht mehr eine unipolare, sondern eine multipolare Welt wird angestrebt.** Präsident Putin hat schon mehrfach in seinen Reden darauf hingewiesen.

Diese Staaten beteiligen sich auch nicht an der westlichen Kriegshetze und an den Sanktionen gegen Russland. Der im Westen kleingeredete Besuch des chinesischen Staatschefs Xi Jinping Mitte April in Moskau hat deutlich gemacht, dass die BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bereits verstärkt zusammenarbeiten. Mit rund drei Milliarden Menschen bilden sie einen gewaltigen

Wirtschaftsraum und eine ebenso große politische Macht und scharen nun die Entwicklungsländer Afrikas und Asiens um sich. Diese haben nämlich nicht vergessen, wie sehr sie von westlichen Ländern ausgebeutet und versklavt worden sind.

Herbert E. Martin, Präsident des International GeoPolitical Institute in Wien, meint dazu: *China und Russland kommen als Partner, und sie werden anders gesehen. China bringt Infrastrukturprojekte, und Russland hat sich immer um die Ernährung der afrikanischen Länder gekümmert. Und jetzt atmet ganz Afrika durch und sagt: ‚Wir können uns endlich entwickeln.‘ Mit China können sie sich einem besseren Lebensstandard zuwenden. Das ist eine komplett neue Dimension, die Amerika nicht verstanden hat und Europa schon gar nicht.* *Quelle: dw.com*

Die USA bespitzeln Freund und Feind

In den letzten Wochen sind in sozialen Netzwerken bisher streng geheim gehaltene Dokumente des US-Verteidigungsministeriums aufgetaucht. Sie gewähren einen der seltenen Einblicke in das Ausmaß und Methoden der Spionageumtriebe der USA. Von der Überwachung betroffen sind sowohl Feinde als auch Verbündete. Dazu gehören selbst so enge Alliierte wie Südkorea, Israel und die Ukraine. Dieses vermutlich größte Datenleck nach Edward Snowdens Veröffentlichungen von NSA-Dokumenten ist eine Blamage ersten Ranges für die USA und ihre weltweit bestausgestatteten Geheimdienste. Und es ist noch nicht einmal klar, ob das schon alles ist. Die Vorgänge könnten weitreichende Konsequenzen haben – für die USA, ihre Verbündeten und vor allem für die Ukraine. Ein tiefgehender Vertrauensverlust zwischen ihnen könnte die Folge sein.

Die veröffentlichten geheimen Dokumen-

te enthalten Medienberichten zufolge zwar keine konkreten Schlachtpläne, geben aber u. a. Informationen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und zu ihrem Munitionsverbrauch preis.

Sie zeigen auch Landkarten, auf denen der Frontverlauf eingezeichnet ist, sowie Standorte russischer und ukrainischer Truppenverbände und deren Mannschaftsstärken. **Insgesamt wird daraus ersichtlich, wie stark die USA und ihre Verbündeten bereits am Ukraine-Krieg beteiligt sind.**

Aufgrund dieser „**Pentagon-Leaks**“ sollen entscheidende Schwachstellen in der ukrainischen Bewaffnung, der Luftverteidigung sowie der Größe und Bereitschaft

Krisen und Kriege sind nie von den Bürgern angezettelt worden, sondern stets von politisch Verantwortlichen, die die Weichen falsch gestellt haben. In der Schweiz erkannten die Bürgerinnen und Bürger früh, dass von den Politikern Gefahr ausgehen kann, und dass diese darum zu kontrollieren sind. Aus diesem Wissen der Bürger entstanden die Kontrollen durch die direkte Demokratie.

Dr. Christoph Blocher, Schweizer Alt-Bundesrat

der Bataillone zu einem kritischen Zeitpunkt des Krieges enthüllt worden sein, während sich die ukrainischen Streitkräfte angeblich auf eine Gegenoffensive gegen die Russen vorbereiten. Die Ukraine soll deshalb sogar zur Änderung ihrer militärischen Pläne gezwungen sein, was womöglich kriegsentscheidend sein wird. Einem Dokument zufolge hat die USA auch den ukrainischen Präsidenten Selenskyj ausspioniert. In Kiew ist der Ärger über dieses Datenleck groß.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Die Dokumente beweisen darüber hinaus, dass auch das russische Verteidigungsministerium und sogar die Wagner-Gruppe durch verschiedene Abhörmaßnahmen infiltriert worden sind.

Ebenso ist der UNO-Generalsekretär Guterres abgehört worden.

Während die Ukraine behauptet, es handle sich um von Russland gefälschte Dokumente, sieht sich Russland hingegen

einmal mehr in seiner Sichtweise von einer Verwicklung Washingtons in den Ukraine-Konflikt, letztlich einem Krieg der USA gegen Russland, bestätigt.

Quellen: zeit.de; orf.at; zdf.de

Die Regierung tritt die österreichische Neutralität im Namen der EU mit Füßen

„Wir dürfen zwar keine Waffen liefern, dafür aber bezahlen wir sie.“

Im März sorgte sich die EU darum, dass der Ukraine für die Fortsetzung des Krieges und damit des Leids und Sterbens die Munition ausgehen könnte. Und schon nach wenigen Tagen einigten sich die zuständigen EU-Minister darauf, der Ukraine in den nächsten zwölf Monaten eine Million Artilleriegeschosse zu liefern. Das Geld dafür soll aus dem Sonderfonds der „Europäischen Friedensfazilität“ – was so viel heißt wie „Kriegsfinanzierung“ – kommen, für deren Befüllung dem europäischen Bürger zusätzlich zu den regulären EU-Beitragszahlungen das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Doch das ist noch nicht alles. Die Biden-Administration machte Druck auf Brüssel, der Ukraine laufend Zahlungen zukommen zu lassen, und zwar nicht als Darlehen, sondern als nicht rückzahlbare Zuschüsse, um die Leasingraten für das von den USA gelieferte Kriegsgerät bedienen zu können. Die USA verschenken nämlich den Großteil der in die Ukraine gelieferten High-Tech Waffen nicht, sondern verborgen bzw. verleasen sie, und die EU zahlt.

Grüner Extremismus

Es lohnt sich, beispielhaft einige Projekte der deutschen Ampel-Regierung, in der die Grünen allem Anschein nach den ideologischen Ton angeben, anzusehen, um zu erkennen wohin der Weg zu welchem Zweck führt. Das gilt auch für Österreich, denn einiges davon geschieht schon jetzt auch bei uns, oder es ist anzunehmen, dass es bald auch zu uns kommt. Zusammenfassend kann gesagt werden, **dass es die deutsche Ampel-Regierung darauf angelegt hat, die deutsche Volkswirtschaft bis auf wenige Ausnahmen dem internationalen Ausverkauf preiszugeben.** Hier ist eine weitgehende Übereinstimmung mit den Bestrebungen und Zielsetzungen der zurzeit medial in den Fokus genommenen Klima-Chaoten festzustellen. Diese sind bei weitem keine politische Randerscheinung. Wer Klimakleber, Kunstwerke-Beschädiger und Kohlerevier-Randalierer nur für etwas überdrehte, aber letztlich harmlose Umweltaktivisten hält, und keinen Verdacht schöpft, weil ihre destruktiven und mitunter Menschenleben gefährdenden Aktionen von der Justiz mit großer Nachsicht

Dem Vernehmen nach handelt es sich um eine Summe von 3,5 Milliarden USD monatlich(!). **Das neutrale Österreich finanziert also via EU-Mitgliedschaft nicht nur die von der Ukraine eingesetzten Waffen und den Sold ukrainischer Soldaten, sondern auch die Raten für US-Kriegsgeräte, die die Ukraine von den USA least.**

Wohl um die aufkeimende Ablehnung der Ukraine-Unterstützung in der Bevölkerung abzufedern informierte zur Zeit des EU-Minister-Beschlusses Bundeskanzler Nehammer die Öffentlichkeit mit folgenden Worten: *Als neutrales Land können und werden wir keine militärische Unterstützung leisten. Aber wir können weiterhin humanitär helfen, um das Leid der Menschen in der Ukraine, insbesondere von Frauen und Kindern, zu lindern und genau das werden wir tun.*

behandelt werden, kennt nicht die ideologischen Hintergründe, die politischen Querverbindungen und die Financiers dieser Szene.

Die Ampel-Regierung hat angesichts der kaum mehr bewältigbaren Probleme der Länder, Städte und Kommunen den Forderungen nach einer Begrenzung der Migration eine Absage erteilt. Allein von Jänner bis März d. J. ist die Anzahl der Asylanträge in Deutschland gegenüber dem ersten Quartal 2022 um 80 Prozent gestiegen, wobei Ukrainer gar nicht erfasst wurden. Die innere Sicherheit scheint im dafür zuständigen Bundesinnenministerium ganz weit hinten unter „ferner liefen“ zu rangieren. Deutschlands Politik saugt überwiegend integrationsunwillige, ungelernete und niedrig qualifizierte Zuwanderer in die Sozialsysteme an, während Fachkräfte Länder bevorzugen, in denen sie zum einen deutlich mehr verdienen und zum anderen weitaus geringere Steuern und Abgaben abzudrücken haben – so wie etwa die USA. Die unselige Energie- und Sanktionspolitik der Ampel-Regierung bzw. der EU bewirkt auch eine



Panzertransporte im April von Italien in die Ukraine – durch das neutrale Österreich

Der verantwortliche Innenminister Gerhard Karner hätte den Transport durch Österreich untersagen müssen. Doch er behauptete, dass das in den Dokumenten angeführte Bestimmungsland Polen sei und nicht die kriegsführende Ukraine. Er stellte sich einfach unwissend.

Quelle: servus.tv - screenshot

Quellen: tichyseinblick.de; unzensuriert.at; twitter.com

Das klingt sehr lieb und nett, trifft aber nicht den Kern der Sache. BK Nehammer weiß ganz genau, dass je länger dieser Krieg dauert, es noch mehr schwer verletzte Frauen und Kinder geben wird. Durch Österreichs Zahlungen an die EU wird das Verletzen und Morden in der Ukraine verlängert, und Friedensverhandlungen rücken in noch weitere Ferne. Die Bezeichnung „Friedensfazilität“ klingt da wie ein Hohn.

Um das CO2 ranken sich viele Märchen, die im Gegensatz zu Grimms Märchen, Lügenmärchen sind. Dies betrifft insbesondere seine angebliche Klimawirksamkeit. Da das Klima eine vom Wetter abgeleitete Kunstgröße ist, müsste zuerst die Wetterwirksamkeit nachgewiesen werden. Doch hier schweigt tunlichst jeder „Klimaxperte“, denn weder das wechselhafte Wetter noch die Temperaturen zeigen eine CO2-Abhängigkeit.

Dr. Wolfgang Thüne,
Meteorologe, ehem. Mitglied d.
Klimabeirats d. Dt. Bundesregierung

Abwanderung von immer mehr Betrieben. Zudem befindet sich Deutschland in einer demografischen Schiefelage, was die heimische Bevölkerung betrifft, und es sind keine Anzeichen festzustellen, diese zur Kenntnis nehmen geschweige denn beheben zu wollen.

Und jetzt kommt CO2 so richtig in Fahrt. Der Paradigmenwechsel von der lebens-

(Fortsetzung auf Seite 4)

bedrohlichen Pandemie zum noch bedrohlicheren Klimawandel hat reibungslos funktioniert. Bei Covid-19 sind die Verantwortlichen mittlerweile nach Kräften bemüht, den ganzen Murks, die seit der Impfung völlig aus dem Ruder gelaufene Übersterblichkeit und die Impfschäden totzuschweigen und sich um die dringendst gebotene Aufarbeitung herumzudrücken. Die wissenschaftlich durch nichts bewiesene Verteufelung des Pflanzenwachstumsgases CO2 bedingt eine Verteuerung der Energie. Damit verteuern sich auch die Lebensmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs, und es erhöht sich das Steueraufkommen.

Auch die Sanktionen gegen Russland, eines der wichtigsten rohstoffexportierenden Länder der Welt, passen genau in dieses Konzept. Kaum finanzierbare Auflagen für Unternehmen, Haus- und Autobesitzer lassen breite Bevölkerungsschichten ver-

armen. Millionen von Menschen werden die grüne Verschrottungsorgie intakter Heizungen mit dem Verlust ihres Vermögens, ihrer Altersvorsorge, möglicherweise auch ihres Hauses zu bezahlen haben, ganz sicher aber mit einem dramatischen Kaufkraftschwund. Ökologisch betrachtet, grenzt es an eine beispiellose Ressourcenverschwendung, funktionstüchtige Immobilien, Heizungen oder Automobile zu verbieten.

Die Klimaterror-Organisationen wie *Fridays for Future*, *Extinction Rebellion*, *Ende Gelände*, *Letzte Generation* dienen offenbar als Beschleuniger der Hysterie und Einpeitscher des energiepolitischen Paradigmenwechsels. In ihnen tummeln sich nicht wenige Menschen mit psychischen Auffälligkeiten. Greta Thunberg ist das bekannteste Beispiel. Ihre (echte oder vorgegebene) Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden Klima-Tod treibt diese

Menschen in den Aktivismus, bis hin zu Sachbeschädigung, Gewaltaufrufen und Massenmordphantasien. Die Nähe zum Linksextremismus ist unübersehbar, zu den wirtschaftlichen und sozialen Motiven gesellt sich das ökologische.

Nach der Schlammschlacht im Braunkohlerevier Lützerath / Nordrhein-Westfalen reisten im Jänner Greta und ihr deutsches Pendant Luisa Neubauer direkt zum Weltwirtschaftsforum nach Davos. Hier schließt sich der Kreis. **Es geht um die Ausplünderung und letztlich Enteignung der Bevölkerung: Ihr werdet nichts besitzen und glücklich sein** (Klaus Schwab). Mit Ausnahme natürlich der Superreichen, die dann alles besitzen sollen, z.B. die Familien Getty und Rockefeller, die diese Sturmtruppen des Great Reset finanziell mit Millionenbeträgen unterstützen.

Quellen: *derstandard.de*; *Compact-Magazin*; *Newsletter Axel Retz*

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Achtung Falle.** Das Datengeschäftsmodell des Überwachungskapitalismus. Ein Lehrgang im Netz beleuchtet die psychologischen Tricks von Facebook, TikTok, Snapchat und Co. – und was die Eltern dagegen tun können. Autorin: Cornelia Huber / „Die Tagespost“.
- **Abhängig beschäftigt. Wie Deutschlands führende Politiker im Interesse der wirklich Mächtigen handeln.** Warum treffen Politiker oft so schlechte Entscheidungen und lösen Wahlversprechen nicht ein? Ist das Inkompetenz oder sind die Entscheidungen vielleicht nur für uns schlecht, aber für andere sehr gut? Buchautor: Thomas Röper.
- **ChatGPT schafft bei Test großen Teil der Zentralmatura.** Die KI-Gratissoftware ChatGPT hat in einem Test der Landesschülervertretung Niederösterreich große Teile der letztjährigen Zentralmatura bewältigt. Im Fach Deutsch wurde der Text-Automat von drei bis vier beurteilt, je nach Prüfer. www.diepresse.com
- **Wie die Europäer zum Marsch gegen Russland gezwungen werden.** Patrick Lawrence. Nicht nur neutrale EU-Staaten, auch die Schweiz wird von Vertretern des US-Außenministeriums massiv gedrängt, ja beinahe genötigt, ihre Neutralität aufzugeben, was dem Versuch gleichkommt, sie dazu anzustiften, Teile ihrer Verfassung außer Kraft zu setzen. www.zeit-fragen.ch
- **Russland erlässt afrikanischen Staaten 20 Milliarden Schulden und verschenkt Getreide.** Westliche Medien und Politiker beschweren sich regelmäßig über den Einfluss Russlands in Afrika. Wie die aktuellen Entwicklungen zeigen, gibt es für Afrika gute Gründe, auf Russland und nicht auf den Westen zu setzen. www.anti-spiegel.ru
- **Die Multipolarität wurde 2003 durch die US-Invasion im Irak ausgelöst.** Zwanzig Jahre nach der rechtswidrigen und destabilisierenden US-geführten Invasion im Irak muss Washington die Konsequenzen aus diesem Krieg ziehen: Die UN-Sicherheitsratsmächte China und Russland legen den Grundstein für ein echtes, auf der UN-Charta basierendes System der Multipolarität. Stellungnahme von Karin Kneissl. www.uncutnews.ch
- **Kultur und Muttersprache im Griff von Mammon und Ideologie.** Erwin Chargaff, ein 2002 in New York verstorbener Altösterreicher, wusste noch, was uns allen ziemen würde. So legte er noch in der Emigration großes Gewicht auf seine Muttersprache. Der Austausch von Begriffen, sowie Diversitätskult und Genderwahn mit seinen erfundenen Geschlechtern hat sehr wenig mit Bereicherung zu tun. www.helmutmueller.wordpress.com
- **Anti-Gendern Volksbegehren.** Die Forderungen an die Volksvertreter im Parlament: Gendern darf nicht verpflichtend sein. Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen keine Nachteile erfahren. Nicht zu gendern muss in unterschiedlichsten Bereichen, Hochschulen, Ämtern, Firmen frei von Zwang sein und darf nicht verpflichtend vorgeschrieben werden. **Eintragungswoche 19.-26.Juni 2023.** www.bmi.gv.at

Wussten Sie.....?

Die WHO bereitet eine globale Gesundheitsdiktatur vor

Der souveräne, demokratische Nationalstaat kommt jetzt von allen, auch unerwarteten Seiten unter Druck. Supranationale Organisationen, durch nichts demokratisch legitimiert und kontrolliert, versuchen sich immer mehr Zuständigkeiten und Machtbefugnisse anzueignen. So beansprucht im Windschatten des

„Corona-Experiments“ die UNO-Weltgesundheitsorganisation WHO, ursprünglich gegründet für eine bessere medizinische Versorgung vor allem der weniger entwickelten Länder, in einem derzeit in Ausarbeitung befindlichen „Pandemie-Vertrag“ umfassende Vollmachten für sich. Das geschieht natürlich, wie so oft in solchen Fäl-

len, unter positiven Vorzeichen: Prävention, Vorbereitung und Reaktion im Hinblick auf weitere zu erwartende Pandemien sollen weltweit verbessert werden.

Der Vertrag sieht vor, dass bei künftigen Auftreten von Pandemien staatliche Souveränität im Gesundheitsbereich an die WHO abgetreten werden soll, wobei

(Fortsetzung auf Seite 5)

die WHO festlegt, wann eine Pandemie vorliegt. Sie kann dann entsprechende Maßnahmen wie Tests, Ausgangssperren oder Impfpflicht anordnen, die „wissenschaftliche Wahrheit“ definieren, abweichende Meinungen zensieren und Teile des staatlichen Gesundheitsbudgets für die „internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung bei der Bekämpfung von Epidemien“ verwenden, d. h. sie müssen der WHO zur Verfügung gestellt werden. Staatliche Stellen haben dann nichts mehr zu sagen. Die WHO hat die Kontrolle über

Das ganze System beruht auf der Idee, dass man der Mehrheit alles einreden kann, solange man es laut und oft wiederholt.

Edward Snowden, US-Whistleblower, Aufdecker von politischen Mißständen in den USA

die staatliche Gesundheitspolitik und die persönlichen Gesundheitsentscheidungen der Bürger übernommen.

Das könnte eine gefährliche Entwicklung in Richtung einer globalen Ge-

USA drohten Internationalem Strafgerichtshof mit Verhaftung seiner Richter bei Anklage zu Afghanistan-Krieg

Die Doppelmoral und Heuchelei des Westens im Hinblick auf Russland und den Ukraine-Krieg erreichte mit der Anklage des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) einen vorläufigen Höhepunkt. **Dabei sind es vor allem die USA, die diesen Gerichtshof nicht nur nicht anerkennen, sondern in der Vergangenheit auch massiv bedroht und unter Druck gesetzt haben.** Verständlich, denn würde der IStGH mit gleichem Maß gegen die USA oder andere NATO-Staaten vorgehen, hätte er angesichts der völkerrechtswidrigen Kriege der letzten Jahrzehnte vermutlich für die nächsten hundert Jahre genug zu tun.

Es waren die USA, die 2018 eine drohende Anklage vor dem IStGH wegen Kriegsverbrechen des US-Militärs und der Geheimdienste in Afghanistan, insbesondere wegen Misshandlung von Gefangenen, auf ihre gewohnt brutale Art und Weise unterdrückten. Sie drohten kurzerhand damit, Richter

und andere Beamte des Strafgerichtshofs zu verhaften und zu bestrafen, falls dieser einen Amerikaner, der in Afghanistan gedient hat, wegen Kriegsverbrechen anklagen sollte. „Wir werden den Richtern und Staatsanwälten des Gerichts die Einreise in die Vereinigten Staaten verbieten. Wir werden ihre Gelder im US-Finanzsystem sanktionieren und sie im US-Strafsystem verfolgen. Wir werden dasselbe für jedes Unternehmen oder jeden Staat tun, der eine Untersuchung des IStGH gegen Amerikaner unterstützt. Wir werden den IStGH von selbst sterben lassen“, sagte der damalige Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, John Bolton.

Quelle: *unser-mittleuropa.com*

Die USA erkennen den Internationalen Strafgerichtshof nicht an, die anderen, kleineren Länder sollen sich ihm aber sehr wohl unterordnen – ein absonderliches Messen mit zweierlei Maß.

Die österreichische Regierung plant eine neue, gegen Russland gerichtete Sicherheitsstrategie

Mitte April hat der Ministerrat die Erarbeitung einer neuen Sicherheitsstrategie für Österreich mit einer eindeutig gegen Russland zielenden Stoßrichtung beschlossen, was daran ersichtlich ist, dass Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) und Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) im Hinblick auf den Ukraine-Krieg bereits vorab verkündeten, dass Verteidigungs- und Energiepolitik seit dem letzten Jahr untrennbar seien. Es gehe vor allem darum, sich unabhängig zu machen von russischen Importen. „Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit wird es nur geben, wenn wir uns unabhängig gemacht haben von russischen Importen.“ Sozusagen Wirtschaftspolitik als Waffe. Doch nicht nur den russischen, sondern auch fossilen Importen generell will die grüne Ministerin den Rücken kehren.

Quelle: *orf.at*

Wie wenn die verlässlichen und kostengünstigen Rohstoff- und Energielieferungen Russlands während der vergangenen Jahrzehnte die Freiheit und Sicherheit Österreichs bedroht hätten! Dieser Undank ist beschämend. Welche Sicherheitsstrategie wird das künftig sein, eine den USA genehme? Und das bedeutet dann keine erhöhte Gefährdungslage für Österreich bzw. Europa, und keine Unvereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität? Ist eine solche anlassbezogene Neuausrichtung der Sicherheitsstrategie während eines laufenden Stellvertreterkrieges in Europa überhaupt sinnvoll und nachhaltig, solange sich nicht das geopolitische Verhältnis zwischen den verfeindeten Großmächten entspannt hat?

sundheitsdiktatur in die Wege leiten, nicht zuletzt wenn man bedenkt, dass die WHO mit ihrem kommunistischen Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus, der ein besonderes Naheverhältnis zur chinesischen Regierung hat, heute nicht nur von den Mitgliedsländern, sondern immer mehr von privaten Groß Spendern – an erster Stelle ist hier Bill Gates zu erwähnen, gleichzeitig einer der größten Profiteure der Pandemie-Krise – finanziert wird. Wer zahlt, schafft schließlich an.

Quelle: *patriotpetition.org*



US-Straflager Guantanamo auf Kuba

In diesem Internierungslager wurden – und werden immer noch – Menschen teilweise seit fast 20 Jahren gefangen gehalten, ohne Anklage und ohne Verurteilung. In diesem verbrecherischen Lager wurde auch gefoltert. Und der Internationale Strafgerichtshof kann dem nicht Einhalt gebieten. Wo bleibt der Aufschrei der westlichen Wertegemeinschaft?

Quelle: *thestar.com* - screenshot

Künstliche Intelligenz – Fortschritt oder Gefahrenmaximierung?

Künstliche Intelligenz (KI) scheint derzeit das Aufregendste zu sein, was die digitale Technik zu bieten hat. Gemeint sind textbasierte Dialogprogramme, mit deren Hilfe ein Anwender in natürlicher Sprache mit dem System kommunizieren kann. Auf künstlicher „Intelligenz“ beruhende Dialog-Software – ChatGPT ist das bekannteste Modell – ist nunmehr im Begriff, in „soziale Netzwerke“, Video-Portale, „Messaging“-Systeme wie z.B. WhatsApp und sonstige digitale Datenvermarktungs-Programme integriert zu werden. Sie nehmen Anweisungen von Benutzern entgegen und durchsuchen dann das Internet nach Antworten. So lassen sich z. B. durch sprachlich in das System eingegebene Informationen ohne weiteres menschliches Zutun ärztliche Diagnosen, richterliche Urteile erstellen oder gleichlautende Kundenfragen automatisch

(Fortsetzung auf Seite 6)

beantworten. Kosten und Zeit können dadurch eingespart werden.

Quellen: heise.de; faz.net

Dafür gehen Mitarbeiter- oder Kundengespräche mit physischer Anwesenheit, Sitzungen, reale Begegnungen und menschliche Nähe mehr und mehr verloren. IT-Experten warnen vor einer Menge neuer Risiken. KI-Programme eignen sich hervorragend zum Aus-

spähen privater Daten und zur Unterstützung von Cyber-Kriminellen bei betrügerischen Absichten. Vor allem Wirtschaftstreibende könnten aufgrund einer noch nie dagewesenen Zunahme von Sicherheitslücken und -tücken auf eine Sicherheits- und Datenschutz-Katastrophe zusteuern. Schlecht steht es auch um den rechtlichen Bereich. Der Gesetzgeber hat Mühe, die Tragweite dieser neuen

Technologie einzuschätzen und rechtzeitig zu reagieren. Der unfaire bis ruinöse Wettbewerb der Großen gegen die Kleinunternehmer wird sich durch Künstliche Intelligenz noch weiter verstärken, zumal wenn die EU-Kommission sich erst mit Washington auf gemeinsame transatlantische Regeln, z.B. bei Urheberrechten und Haftungsbestimmungen, einigen will oder muss.

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

ARD, ZDF und ORF erkennen ihre weltanschauliche Schlagseite nicht

Alexander Kissler, Redakteur der NZZ-Redaktion in Berlin, beschreibt die Linkslastigkeit der öffentlich-rechtlichen TV- und Rundfunkanstalten trefflich und reflektiert über deren Folgen bezüglich Wahrnehmung und Glaubwürdigkeit. Meiner Meinung nach ist die Situation in Österreich noch grausiger als in Deutschland. Allein die Zusammensetzung des ORF-Stiftungsrats sollte jedem die Augen öffnen. Eigentlich sollte es niemanden wundern, dass die Seher, Hörer und Financiers dieser Anstalten, in denen zu viele leben wie die Maden im Speck, immer weniger Vertrauen in Wahrheitsgehalt, Ausgewogenheit und Vollständigkeit der Nachrichten, Diskussionen und Unterhaltungsprogramme haben, die ihnen dargeboten werden. Hüben wie drüben gebärden sich Fernseh- und Rundfunkanstalten nicht anders als ein verlängerter Arm der Regierung: Das war 2015 so, als man die "Willkommenspolitik" von Merkel und Faymann bis zum Erbrechen pushte. Das war ab 2020 so, als man die antidemokratische "Coronapolitik" und die "Impfung" öffentlich-rechtlich abfeierte.

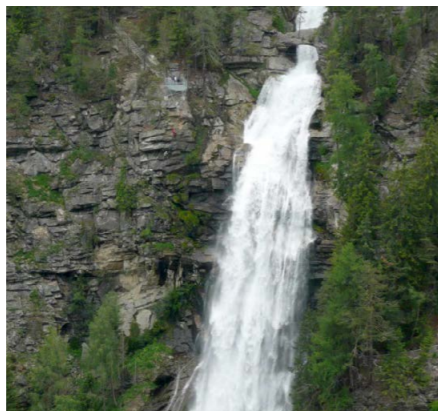
Das ist seit 24.02.2022 so, da man über den „russischen Angriff“ auf die Ukraine, mit dramatischen Bildern unterfüttert, berichtet und diesen Krieg kommentiert – unter notorischer Ausblendung all dessen, was seit 2014 und davor in der Ukraine geschehen bzw. von den USA angezettelt worden ist.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

Das weiße Gold

Die heutigen Wasserkraftbetreiber machen mit dem kostenlosen Wasser, nach ihren eigenen Bilanzen, satte Geldgewinne! Der Verbund als oberster Energieversorger in unserem Staate, machte voriges Jahr ein Plus von 97%! Ähnlich gut bilanzierten auch die Landesgesellschaften. Davon wurde großzügig an die Aktionäre eine Dividende von 1,5 Milliarden Euro, wovon der Staat mit 51% der Mehrheitseigentümer ist, ausbezahlt. Die Haupteigentümer dieser schuldenfreien Wasserwerke sind der Staat und die Länder. Warum werden den Bürgern von der herrschenden Politik trotzdem noch höhere Strompreise verrechnet? Das ist für mich und viele andere einfach nicht nachvollziehbar! Die politische Elite fragt sich, warum sie bei den Wahlen so abgestraft wird. Ganz einfach, weil der Bürger inzwischen Eins und Eins zusammenzählen kann!

Richard Leopold Tomasch, St. Michael



Stuibenfall Ötztal

Aufstehen für den Frieden

Viele Medien, Politikerinnen und Politiker, Waffengegner, Antimilitaristen, Gewaltgegnerinnen, Grüne, Rote und Gutmenschen jeder Couleur, vor allem aber entsetzlich viele Frauen schreien derzeit laut nach mehr Waffen- und Panzerlieferungen für die Ukraine. Diejenigen, die nicht ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, rufen damit aus sicherer Warte zur Fortsetzung der Waffengewalt auf und trommeln damit für den Krieg, ordnen sich in die Reihen der militanten Kriegstreiber ein. Wir wissen, dass aus diesem unseligen Krieg keine Seite jemals als «Sieger» hervorgehen kann. Wir wissen, dass nur ein Waffenstillstand, Kompromisse und Verhandlungen zu einem gangbaren Mittelweg und einer Zukunft für alle direkt und indirekt Beteiligten führen können. Krieg ist immer falsch, unrecht, unmenschlich, sinnlos. Krieg ist kein «Spiel», kein Gerümpelturnier, bei dem man von der Seitenlinie her die eine Mannschaft anfeuern kann. Krieg ist ein tödliches Turnier. Tödlich für unzählige junge hoffnungsvolle Männer, die unfreiwillig ihr Leben opfern müssen oder versehrt an Leib und Seele zurückkehren zu ihren ebenfalls verehrten Familien.

Wir alle haben nur ein Leben, das wir schätzen und schützen sollten. Genug ist genug. Waffengewalt stoppen. Der Zerstörung von Leben und Ressourcen Einhalt gebieten. Trommeln wir für den Frieden! Jetzt, wir alle, laut! Stehen wir auf für den Frieden.

Ruth Meisser, Trogen AR, Schweiz

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Allianz von 134 Staaten fordert Ende von politisch motivierten wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen

Ende April fand am Sitz der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik der Vereinten Nationen (Cepal) in Santiago de Chile ein Treffen von Vertretern von Staaten der Gruppe G77+ China statt.

Dieser 1964 von der Bewegung der Blockfreien Staaten gegründeten Gruppe der G77 gehören derzeit 134 Länder an. Sie repräsentiert 75 Prozent der Mitglieder der Vereinten Nationen und 80 Prozent der Weltbe-

völkerung. Die Gründungsabsicht war, eine stärkere gemeinsame Verhandlungskapazität des Globalen Südens innerhalb der UNO zu schaffen. Die immer noch verwendete Terminologie „G77+China“ geht auf die An-

(Fortsetzung auf Seite 7)

fangszeit der Kooperation zurück.

Es ging bei diesem Treffen um nachhaltige Entwicklung, die ein Ende der politisch motivierten einseitigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zur Voraussetzung hat, die von den westlichen, industrialisierten Staaten den sich entwickelnden Ländern auferlegt werden. Zudem müsse ein neues Kapitel in der internationalen Zusammenarbeit aufgeschlagen werden. Unilateralismus

Saudi-Arabien und Iran auf dem Weg der Annäherung

Erstmals seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor sieben Jahren zwischen Saudi-Arabien und Iran zeichnet sich eine Aussöhnung der beiden miteinander verfeindeten Staaten ab. Anfang April wurde eine Vereinbarung zur Wiederaufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen unterzeichnet. Botschaften und Konsulate beider Länder sollen wieder geöffnet werden. Es gab gegenseitige Einladungen zu Staatsbesuchen. Die Länder sind eigentlich regionale Rivalen. Hintergrund

und Protektionismus, einschließlich Handelsbeschränkungen, müssten unverzüglich beseitigt werden, so in einem kubanischen Redebeitrag. Die sich entwickelnden Länder seien unverhältnismäßig stark von den Folgen der Corona-Pandemie, dem Rückgang der staatlichen Unterstützung und den geopolitischen Spannungen und Konflikten in verschiedenen Teilen der Welt betroffen. Sie litten zudem unter steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen, der

sind religiöse, politische und militärische Spannungen. Der Iran versteht sich als Schutzmacht der Schiiten, Saudi-Arabien beansprucht diese Rolle für die Sunniten. Der Iran und Saudi-Arabien unterstützen unterschiedliche Seiten in Konflikten, die die Region seit Jahren belasten, allen voran im Jemen und in Syrien. Auch hat Saudi-Arabien, das mittlerweile diplomatischen Beziehungen zu Israel pflegt, den Iran wegen dessen Atomprogramm stets scharf kritisiert. *Quelle: naturrecht.ch*

Die Mehrheit der Österreicher ist für eine Beendigung der Sanktionen gegen Russland

Eine im Auftrag des INSA-Meinungsforschungsinstituts Anfang April durchgeführte Umfrage ergab, dass die Mehrheit der Österreicher ein Ende der Sanktionen gegen Russland will, nämlich 41 %, gegenüber 37 %, die sich für ihre Fortführung aussprechen. Ein relativ hoher Anteil der Teilnehmer (22 %) wollte sich nicht deklarieren. Sie machten entweder keine Angabe dazu oder es war ihnen egal.

Was besonders hervorsteht: 73 % der Grün-Wähler wollen eine Fortführung der Sanktionen, 72 % der FPÖ-Wähler – beinahe genauso viele – fordern ihre Beendigung. In keiner der sonstigen Zielgruppen waren Zustimmung bzw. Ablehnung der Sanktionen so deutlich. Relativ deutlich in der Mehrheit sind die Sanktionen-Befürworter ansonsten bei den Neos-Wählern mit 53 %, bei Volkspartei und den Sozialdemokraten machen sie 46 bzw. 41 % aus, gegenüber jeweils 37 %, denen zufolge die Sanktionen beendet werden sollen.

Noch etwas springt ins Auge: die Diskrepanz zwischen der Generation 60+ und all jenen Österreichern, die jünger sind. Die äl-

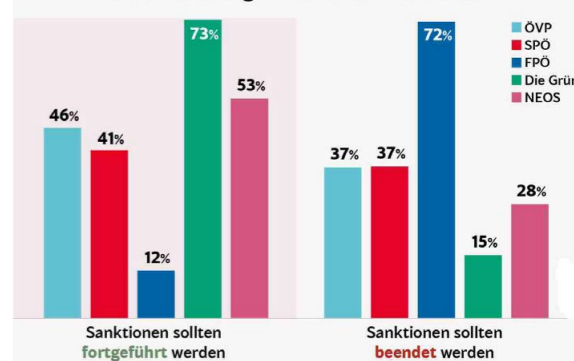
teste Altersgruppe ist die einzige, bei der die Befürworter mit 49 % die Mehrheit haben. Am geringsten ist die Zustimmung hingegen bei der jüngsten Altersgruppe (16 bis 29) mit nur 22 %. Am entschiedensten fordert die mittlere Generation (40 bis 49) einen Stopp der Anti-Russland-Maßnahmen (47 %). Einen eindeutigen Trend gibt es bei Bildung und Einkommen: Je höher der Schulabschluss und je höher das Einkommen, desto mehr sprechen sich für eine Fortsetzung der Sanktionen aus. Befragten der untersten Einkommensgruppe (unter 1000 Euro Haushaltseinkommen) ist es besonders häufig egal, ob die Sanktionen fortgesetzt werden oder nicht (24 %).

Quelle: exxpress.at

Die Umfrageergebnisse werfen ein äußerst unangenehmes Licht auf die Haltung der derzeitigen Regierung bei diesem so wichtigen Thema der Sanktionspolitik gegen Russland. Offenbar ist

Russland-Sanktionen – nach Wählergruppen

Sollen die EU-Sanktionen gegen Russland Ihrer Meinung nach beendet werden?



Quelle: Meinungsforschungsinstitut INSA Austria

Die Annäherung ist letztendlich unter Vermittlung Chinas zustande gekommen, was der überhebliche Westen bisher nicht für möglich gehalten hat. Offensichtlich konnte Peking die beiden Länder überzeugen, dass es besser ist, zusammenzustehen und Geschäfte zu machen als sich zu bekriegen. Beide, Iran und Saudi-Arabien, haben bereits ernsthaftes Interesse für einen Beitritt zu den BRICS-Staaten bekundet.

Ihr das Kuschen unter die Vorgaben aus der EU wichtiger als ein demokratisches Eingebundensein in den Mehrheitswillen des österreichischen Volkes. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass unsere Parlamentarische Bürgerinitiative „Stoppt die Sanktionen gegen Russland“ nach wie vor unterschrieben werden kann. Unterschriftenblätter bitte bei NFÖ oder IHU anfordern oder von den Webseiten herunterladen.

Beachtenswerte Empfehlung an Eltern und Pädagogen:

Seien Sie in Ihrem Verhalten ein Vorbild für heranwachsende Menschen, wo immer es um die Nutzung digitaler Medien geht (freiwillige Einschränkung von Bildschirmmedienzeit bei sich selbst!).

Zeigen Sie Ihre förderliche Distanz zu und Unabhängigkeit von Bildschirm-Medien. Seien Sie kreativ in der Suche nach Alternativen einer sinnvollereren Betätigung als jene mit dem „Smart-Phone“. Das Mo-

biltelefon ist in den Augen von IT-Unternehmern ohne Zweifel technologisch und psychologisch „smart“ bzw. intelligent, wenn sie allein nach Gewinnspannen u.ä. Geschäftszahlen urteilen, die in digitalen Branchen erzielt werden können. Exzessiver Bildschirmkonsum birgt jedoch gerade für junge Menschen die leicht übersehbare Gefahr eines krankmachenden Suchtverhaltens und anderer psychischer

Fehentwicklungen: Störungen der Konzentrationsfähigkeit, Ängste, Neurosen, Schlaflosigkeit, u.a.m. In Österreich sollen bereits ca. 40.000 vorwiegend junge Menschen eine Verhaltensstörung durch den Gebrauch mit dem „Smartphone“ haben, Tendenz steigend.

(Peter Eberle, Institut für Suchtprävention)

Digitale Pausen, Abschalten, Verzicht lohnen sich!

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Informationsabend mit Diskussion

Thema: „Wie kann der Frieden noch gerettet und eine Eskalation in Richtung dritter Weltkrieg verhindert werden?“

Montag, **5. Juni 2023**, Beginn 19 Uhr
Hotel „Stockinger“, Ritzlhofstraße 63, 4052 Ansfelden

Vortragender: **Wolfgang Effenberger**,
ehem. Offizier der dtsh. Bundeswehr, Buchautor
Gemeinsame Veranstaltung von NFÖ und IHU
Eintritt: freiwillige Spende

NFÖ-Tirol – Friedensgespräch

Donnerstag, 6. Juli, Beginn 17 Uhr
Gasthaus „Tiroler Weinstube“, Gumpstraße 38,
6020 Innsbruck, Tel: 0699 1162 8644

NFÖ-Vorarlberg – Friedensgespräch

Samstag, 1. Juli 2023, Beginn 17 Uhr
Pfarrheim Schoren, Br.-Klaus-Raum, Schorenquelle 5,
6850 Dornbirn, Tel: 0699 144 303 47

NFÖ-Wien – Friedensgespräch

jeden 3. Dienstag im Monat: Beginn 18 Uhr
Cafe „Frey“, Favoritenstr. 44, 1040 Wien
Tel: 0676 406 5409

NFÖ-Klagenfurt – Friedensgespräch

Dienstag, 25. Juli 2023, Beginn 16 Uhr
Raum „Café Lounge“, Hotel Sandwirth,
Pernhart-G. 9, 9020 Klagenfurt, Tel: 0699 144 303 47

NFÖ-Infostände Graz

Mittwoch, 26. Juli 2023, 10:00-14:00 Uhr
in Graz am Hauptplatz Ecke Sporgasse.
Donnerstag, 27. Juli 2023, 10:00-14:00 Uhr
in Graz am Jakominiplatz im Rondeau
(Verkehrsinself), Tel: 0699 144 303 47

NFÖ-Graz – Friedensgespräch

Donnerstag, 27. Juli 2023, Beginn 16 Uhr
Raum „Panthersaal“, Gasthof Lend-Platzl,
Lendplatz 11, 8020 Graz, Tel: 0699 144 303 47

NFÖ-Salzburg – Friedensgespräch

Freitag, 28. Juli 2023, Beginn 18.30 Uhr
Haus „Wartenberg“, Riedenburgstraße 2,
(Beginn Bayernstr.), 5020 Salzburg, Tel: 0699 1720 0336

Einladung Bundesversammlung 20 Jahre Neutrales Freies Österreich

in Thaur bei Innsbruck

Hotel-Gasthof Purner, Dorfplatz 5
Tel: 05223 49149, E-mail: info@hotel-purner.at



Sa 3. und So 4. Juni 2023

Souveränität - Neutralität - Demokratie

Ablauf

Samstag 3. Juni:

- 9:00 Uhr: Gedankenaustausch über den Ukraine-Krieg, Moderation: Gerald Grüner
- 11:00 Uhr: Beginn der Bundesversammlung
- 12:30 Uhr: Mittagessen
- 13.30 Uhr: Fortsetzung der Bundesversammlung
- 14:30 Uhr: Kaffeepause
- 15:00 Uhr: **Öffentlicher Vortrag mit Diskussion**, Thema: „Die Neutralität als Friedensprojekt - ja zur Schweizer Neutralitätsinitiative“
Vortragender: Dr. René Roca, Leiter des Schweizer „Forschungsinstituts Direkte Demokratie“
- 18:00 Uhr: Abendessen, anschl. Meinungsaustausch

Sonntag 4. Juni

- 10:00 Uhr: Gesellschaftliches Programm: Wanderung zum Romedi Hof oberhalb von Thaur. Sehenswert: Romedi-Kapelle, Burgruine, naturhistorische Besonderheiten am Weg. Bei Schlechtwetter Besichtigung der „Münze Hall“ (erste Taler-Münzprägung 1486, Silber-Taler bekannt als Vorläufer des Dollars).

Der zeitliche Ablauf wird am Samstagnachmittag mit den anwesenden Teilnehmern vereinbart. Übernachtungsmöglichkeiten im Hotel.

Nähere Informationen: Tel: 0699 144 303 47
oder E-mail: buendnis@nfoe.at

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 13. Mai 2023

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich (NFÖ)*, 6010 Innsbruck, Postfach 110;
Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: buendnis@nfoe.at; Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098